

Beim Streit um den Bau der Wiener Nordostumfahrung samt Lobautunnel sind die Positionen festgefahren. Warum ein Bürgerrat einen Ausweg bieten könnte. Ein Gastkommentar.

Stadtstraßen-Patt – und eine mögliche Lösung

Das Bauprojekt der Wiener Stadtstraße in Hirschstetten und damit zusammenhängend der geplante Bau der Lobau-Autobahn hat sich zu einem Kristallisationspunkt dafür entwickelt, wie mit seit langem geplanten Verkehrsprojekten im Kontext der sich verschärfenden Klimakrise und der ebenso dramatischen Biodiversitätskrise heute umgegangen werden soll. Unterschiedliche Zeiten und Mentalitäten prallen aufeinander: die Jahrzehnte zurückliegende Zeit der Planung dieser Projekte im unhinterfragten „Autozeitalter“, in der vom Klimawandel kaum die Rede war – und die gegenwärtige Zeit, das Zeitalter der Dringlichkeit des Klima- und Naturschutzes und des Krisenbewusstseins der *Fridays for Future*-Generation.

Die Besetzung der Baustelle in Hirschstetten seit August hat zu einem Patt geführt. Den Verantwortlichen der Stadt Wien steht wohl eine Wiederkehr der Hainburg-Proteste vor Augen, falls sie die Baustelle mit Gewalt räumen lassen würden. Vielleicht spielen sie auf Zeit und warten, dass den Demonstranten die Luft ausgeht. Mittlerweile zieht der Protest aber immer weitere Kreise.

„Hainburg-Proteste“ 2.0

Mit der „Lobauer Erklärung“, die am 5. Oktober in einer Pressekonferenz veröffentlicht wurde, stellen sich renommierte Expertinnen und Experten aus den Bereichen der Klimaforschung, der Verkehrswissenschaft und des Naturschutzes hinter die Proteste, u.a. Helga Kromp-Kolb, die Verkehrsexperten Barbara Laa (TU Wien) und Hermann Knoflacher, sowie die Veteranen des Naturschutzes Peter Weish und Bernd Lötsch. Gerade ihre Namen stellen eine Verbindungslinie zum zivilen Widerstand gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf und das Donaukraftwerk Hainburg her. Am Sonntag, den 10. Oktober, unterstützten Vertreter(innen) der Religionsgemeinschaften – vor allem seitens der „Katholischen Aktion“ – den Protest gegen das Bauprojekt in Form einer multireligiösen Feier auf der Baustelle. Und die Aktivisten bereiten sich auf den Winter vor.

Wie kann das Patt konstruktiv gelöst werden? In mehreren Ländern greift man für die

Bearbeitung solcher Konflikte auf innovative demokratische Formen der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern zurück. 2016 wurde in Irland für eineinhalb Jahre eine Bürgerversammlung einberufen, die bei mehreren Themen einen Durchbruch brachte, u.a. zu Fragen des Klimaschutzes. Dabei wird mit Hilfe sozialwissenschaftlicher Methoden dafür gesorgt, dass das zufällig durch Los zusammengesetzte Gremium nach sozialer Schicht, Geschlecht, Alter, Ethnie paritätisch besetzt ist. Das bisher prominenteste Beispiel ist der „Bürgerrat für das Klima“ in Frankreich, den Präsident Emmanuel Macron 2019 als Reaktion auf die Pro-



DIESSEITS
VON GUT
UND BÖSE

Von Ernst Furlinger

„Den politisch Verantwortlichen ist beim Lobau-Konflikt der Mut zu demokratischer Innovation zu wünschen.“

testbewegung der Gelbwesten einberief. Der Rat erarbeitete 149 Empfehlungen zum Klimaschutz. Im Frühjahr 2021 startete der deutsche „Bürgerrat Klima“, der von einem wissenschaftlichen Gremium unter der Leitung von Ortwin Renn (IASS Potsdam) begleitet wurde und der 80 Empfehlungen zu deutschen Klimapolitik vorlegte. Auch in Österreich ist auf nationaler Ebene – als ein Ergebnis des erfolgreichen Klimavolksbegehrens – ein Bürgerrat zum Thema Klimaschutz in Vorbereitung.

Ein professionell moderiertes und wissenschaftlich begleitetes Bürgergremium nach diesem Muster könnte auch einen Ausweg aus

der Situation in Hirschstetten unterstützen. (Wobei gerade das Beispiel des französischen Bürgerrats verdeutlicht, dass eine sachkundige Moderation so gut wie möglich zu verhindern trachten soll, dass sich ungewollt eine Dominanz seitens der akademischen Mitwirkenden (die das Argumentieren gewohnt sind) gegenüber Teilnehmenden aus der Arbeiterschicht entwickelt.)

Die Einsetzung eines Bürgerrats zum Bau der Stadtstraße und der Lobau-Autobahn wäre eine konkrete Praxis deliberativer Demokratie. Demokratiepolitisch brisant und umstritten ist die Frage der Verbindlichkeit der Ergebnisse eines Bürgerrats. Die Aktivist(innen) von „Extinction Rebellion“ und „Fridays for Future“ vertreten ein Konzept, bei dem die Verbindlichkeit betont wird. Das würde jedoch das Grundprinzip der repräsentativen Demokratie untergraben. Es wäre schon viel wert und realistischer, wenn diese Form der Partizipation die repräsentative Demokratie ergänzen würde. Die verbindlichen Entscheidungen der gewählten politischen Vertretungen könnten sich so auf einen breiteren partizipativen Prozesses stützen.

Bürgerversammlung statt Polarisierung

Das Potential von Bürgerräten für die Konfliktlösung in umstrittenen Fragen wurde von mehreren Studien unterstrichen. Dominic Lenzi beispielsweise („Deliberating about Climate Change“, 2019) hat herausgearbeitet, dass Bürgerversammlungen und ähnliche Formen der Beteiligung die gesellschaftliche Polarisierung deutlich verringern können. Sie schaffen eine „Mini-Öffentlichkeit“, in der ein direkter Austausch stattfinden kann. In den derzeitigen politischen Debatten rund um die anstehenden Straßenprojekte kommt es kaum dazu. Vielmehr stehen festgefahrene Positionen nebeneinander, ohne dass es zu einer wirklichen Auseinandersetzung mit den jeweils anderen Standpunkten kommt.

Den politisch Verantwortlichen in der Stadt Wien ist gerade bei diesem Konflikt der Mut zu demokratischer Innovation zu wünschen.

Der Autor ist am „Research Lab Democracy and Society in Transition“ der Donau-Universität Krems tätig.



QUINT-
ESSENZ

Von Brigitte Quint

Good Bye, ihr Machos

Julian Reichelt, den suspendierten Chefredakteur der BILD-Zeitung, habe ich persönlich nie kennengelernt. Aber zig Typen, die genauso tickten wie er. Die Führungsetagen in deutschen Medienhäusern wimmelten am Anfang meiner beruflichen Laufbahn nur so von Machos. Sie machten keinen Hehl daraus, wenn man ihnen gefiel. Termine, bei denen die Reporterin mit abgeleuchtet werden sollte, vergaben einige bevorzugt an hübsche junge Frauen – das sagten sie auch offen. Mit den männlichen Kollegen gingen sie abends Bier trinken oder am Wochenende ins Fußballstadion. Nein, es waren definitiv nicht alle so. Aber viele. Ich nahm es hin, die meisten meiner Kolleginnen nahmen es hin. Wir arrangierten uns damit. Die Maxime lautete: Wer die Härte der Branche nicht aushält, ist zu weich für sie.

Das bedeutete nicht, dass man auf die Flirtversuche eingehen musste. Im Gegenteil. Die Kunst war vielmehr, ihnen diplomatisch auszuweichen und es sich trotzdem nicht zu verschmerzen. Wer sich als Journalistin mit einem Vorgesetzten einließ, wurde zwar zunächst gefördert, aber am Ende fallen gelassen. So erging es offenbar auch jenen, die eine Affäre mit Julian Reichelt hatten. Sie wurden Opfer eines Machtmissbrauchs, der lange von Redaktion und Verlag geduldet wurde.

Dass Julian Reichelt seinen Posten räumen musste (siehe Seite 20), ist in meinen Augen bahnbrechend. Die Suspendierung steht symbolisch für eine Veränderung, die sich seit den Nullerjahren vollzogen hat: Übergriffige Verhaltensweisen ziehen Konsequenzen nach sich. Nicht zuletzt, weil Betroffene aufbegehren, statt zu schweigen. Good Bye, Julian Reichelt. Good Bye, ihr Medien-Machos. Dessen könnt ihr euch gewiss sein: Kein Mensch wird euch vermissen.

ZUGESPITZT

The Skiing

Bei Horrorfilmen sind es immer Details, die den Unterschied zwischen lächerlich und gelungen ausmachen: die blauen Kleider der Shining-Zwillinge vor der Muster-Tapete; die Dreirad-Fahrt eines Kindes durch die Gänge eines ver einsamten, von der Außenwelt abgeschnittenen Hotels; Jack Nicholson, wie er im Wahn versinkt und einen ganzen Roman mit nur einem Satz verfasst: „All work and no play makes Jack a dull boy.“ Horror ist Überzeichnung, ein Spiel mit Schauder und Vorahnung. Eine Hacke, die durch die Tür kommt, braucht es da eigentlich nicht.

Und jetzt hat der ORF dieser Tage also angekündigt, in diesem Winter satte 250 Stunden Live Skirennen zu senden. Auch das ist Überzeichnung, auch das ist ein Spiel mit der Vorahnung auf Furchtbares. Und eigentlich ist das gleich einmal die Hacke, die ohne jegliche Vorwarnung durch die Tür bricht. Denn weitere Details braucht es in diesem Fall nicht. Die Kurse werden auch dieses Jahr „eng gesteckt“ und „technisch anspruchsvoll“, die Pisten vereist, die Stimmung großartig, die Interviewfragen seicht und die Protagonisten (Skifahrer) wortkarg sein – 79 Rennen in Serie. In Summe also: „All work and no play makes Jack a dull boy“ in epischer Überlänge.

Stefan Schocher

PORTRÄTIERT

Krieger wider Willen

Colin Powell, das war ein Mann wie ein Jockey im Rennauto – zu oft mit den falschen Leuten zur falschen Zeit am falschen Ort. Einer aber auch, für den der Spruch „Zeig mir deine Freunde und ich sag dir, wer du bist“, eben nicht gilt. Colin Powell war Militär – und präferierte politische Lösungen. Er war Republikaner, ein bekannt moderater Republikaner – und diente dennoch unter Präsident George W. Bush einer ultrarechten Regierung als Außenminister. Später unterstützte er Barack Obama. Und eigentlich war Colin Powell auch immer gegen die US-Invasion im Irak 2003 – ließ sich aber dazu hinreißen, für eine Lüge den Kopf hinzuhalten, die bis heute als Ikone politischer Verkommenheit steht:

Als Colin Powell am 5. Februar 2003 vor den Welt sicherheitsrat trat, präsentierte er ein Chemiewaffenprogramm wie aus „Tausend und einer Nacht“: Mobile Labore in LKW, in denen C-Waffen hergestellt würden. Er hatte Grafiken parat, die das illustrieren sollten und ein durchsichtiges Behältnis mit weißem Pulver. Nur: Nichts von dem, was Colin Powell da von sich gab, war wahr. Die Trucks gab es nicht, die Giftgase auch nicht. Und Colin Powell wusste das.

Als „Schandfleck“ seiner Karriere hatte er später seinen Auftritt bezeichnet. Und es war ihm völlig klar, dass dieser „Schandfleck“ ihn bis zuletzt begleiten würde. Die internationale Gemeinschaft hatte er damals auf die Irak-Invasion einschwören wollen, um ein UN-Mandat zu erreichen. Denn klar war: Die Falken um Bush waren



Colin Powells Lüge blieb bis zuletzt der „Schandfleck“ als die er sie selbst bezeichnete. Jetzt verstarb der einstige US-Außenminister an einer Covid-Infektion.

wild entschlossen, um jeden Preis und auch ohne UN-Mandat Saddam Hussein zu stürzen – und schickten eben ihr moderates Feigenblatt Colin Powell vor. Colin Powells Politkarriere war so auch eine kurze: Bereits 2005 trat er zurück.

Aber Colin Powell hat Lehren daraus gezogen. Ein politisches Amt in der erste Reihe strebte er nie wieder an, als ihn Hillary Clinton ködern wollte, blockte er ab. Mit Trump wollte er sich von Anfang an nicht einlassen und ging in Opposition gegen ihn. Nach dem Sturm auf das Kapitol trat Colin Powell auch aus der republikanischen Partei aus. Vor kurzem war bei ihm Krebs diagnostiziert worden. Am Montag verstarb er 84-jährig an einer Covid-Infektion. (Scho)